

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

7. Ausgabe / 26. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

28. Juni 2016

Impressionen vom Sommerfest 2016



Mit vielen Gästen haben wir auch in diesem Jahr unser Sommerfest gefeiert. Es war Raum und Zeit für interessante Gespräche, Diskussionen, Spiel und Spaß. Mein herzlicher Dank geht an die vielen Helferinnen und Helfer. Uns allen wünsche ich jetzt einen wunderbaren Sommer, der uns Kraft schöpfen lässt für die anstehenden Aufgaben.

Marianne Böttcher, Vorsitzende des Stadtverbandes



Marianne Böttcher im Gespräch mit Hendrik Grothe, Kandidat zur Bürgermeisterwahl in Teutschenthal (siehe auch Artikel auf Seite 9)



Es kamen mehr Menschen als geplant

Es kamen mehr Menschen als geplant, sagt Petra Sitte, im gemeinsamen Interview mit Katja Kipping zur Welcome2Stay-Konferenz am vergangenen Wochenende in Leipzig. “Es war ein sehr lebendiger Kongress mit einer tollen Atmosphäre”, so die 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. “Zudem war uns wichtig, nicht nur über Geflüchtete, sondern mit ihnen zu sprechen”, meint Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE. Und die Zusammenkunft sei erst der Anfang gewesen.

Welcome2Stay ist ein Bündnis, an dem neben der Bundestagsfraktion DIE LINKE zahlreiche VertreterInnen und AktivistInnen der Solidaritäts- und Willkommensbewegungen, aber auch Geflüchtete selbst beteiligt sind.

Wie hat sich das Bündnis gebildet und mit welchem Ziel?

Katja Kipping: Im November 2015 veranstaltete die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag eine Konferenz für Fluchthelferinnen und Fluchthelfer. Bei dieser Konferenz wurde deutlich, dass es ein großes Interesse an politischem Austausch gibt. Und zudem die Aktiven vor einem Dilemma stehen, welches sich wie folgt beschreiben lässt: Der Neoliberalismus erschöpft seine Gegner. Während all die Vielen damit beschäftigt sind, Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten oder in den Kleiderkammern mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen, verschärfen die Regierenden das Asylrecht und nur wenige haben nebenher noch die Kraft, dagegen politisch zu kämpfen. Diese Erkenntnis und die Fraktionskonferenz gaben sozusagen den Impuls für ein breiteres Bündnis. An der Organisation waren unter anderem Attac, die RLS, die Fraktion, die Interventionistische Linke, das Komitee für Grundrechte, das LinXXnet aus Leipzig und andere lokale Initiativen beteiligt.

Neben den politischen Debatten und Workshops standen vor allem auch der gemeinschaftliche Faktor und das Zusammenkommen im Vordergrund.

Wie haben Sie die Stimmung auf der Veranstaltung wahrgenommen?

Petra Sitte: Es war ein sehr lebendiger Kongress mit einer tollen Atmosphäre. Allen war klar, dass da auch etwas Neues entsteht. Es wuselten Kinder herum, viele Sprachen waren zu hören, eine positive Form von Vielfalt war überall greifbar. Es war ein spannendes Miteinander von geflüchteten Menschen, anti-rassistischen und Willkommensinitiativen, aber auch politischen „Profis“ – eine sehr produktive Atmosphäre. Weil so viele Menschen mehr kamen als

geplant, musste auch improvisiert werden. Aber das hat niemanden gestört.

Zusammenkünfte und Konferenzen von Initiativen, die sich für Geflüchtete einsetzen, gibt es einige. Inwieweit war Welcome2Stay trotzdem anders?

Katja Kipping: Bei dieser Zusammenkunft wurde die Tagesordnung gemeinsam von allen Beteiligten entworfen. Zudem war uns wichtig, nicht nur über Geflüchtete, sondern mit ihnen zu sprechen. Hinzu kommt, dass es nicht einfach eine Konferenz war, sondern auch eine Zusammenkunft mit Kinderfest und Feier nach dem gemeinsamen Fastenbrechen am Abend. Zum besonderen Charme dieser Zusammenkunft gehörte eine Atmosphäre der Offenheit. Das konnte jede und jeder spüren, die auf dem Platz ankamen. In den Panels wurde deutlich, dass es inzwischen eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Partei und Bewegung gibt – ganz im Sinne der Mosaik-Linken. Das ist auch ein Verdienst der Kontaktstelle Soziale Bewegungen!

Ähnlich wichtig wie Welcome2Stay selbst sind die Schlüsse, die anschließend daraus gezogen werden.

Was haben Sie von der Konferenz mitgenommen?

Petra Sitte: Dass diese Community des Willkommens, die ja nicht mehr so im medialen Rampenlicht steht, Unterstützung aus der Politik weiterhin braucht und auch verdient hat. Das Engagement hat eine gewisse Routine bekommen, aber die Rahmenbedingungen – Ämter, Sozialträger, Bildungseinrichtungen – sind weiter unheimlich prekär. Viele denken ja, weil weniger Menschen neu ankommen, sei irgendetwas gelöst. Das Gegenteil ist der Fall: Bei denen, die es bis hierher geschafft haben, beginnt jetzt erst der lange Prozess des Ankommens – ein anstrengender und aufwändiger Prozess für alle Beteiligten. Man hat nicht den Eindruck, dass die Bundesregierung diese Aufgabe schon richtig begriffen hat. Und für die, die irgendwo zwischen den Fluchtländern und Europa

gestrandet sind oder warten, ist gar nichts gelöst. Wir brauchen da politische Lösungen und ein Ende der unsäglichen Abschottungspolitik, die zu humanitären Katastrophen führt.

Ganz bewusst ist mit Leipzig ein Veranstaltungsort in einem der neuen Bundesländer ausgewählt worden, die ja zuletzt häufig in der Kritik standen.

Welche Wirkung haben Sie sich davon versprochen?

Petra Sitte: Zum einen ist Leipzig in den neuen Ländern eine besondere Stadt mit einer aktiven anti-rassistischen Szene. So kam beispielsweise der Großteil der Aktivisten des „Convoy of Hope“, die im letzten Sommer Menschen aus Budapest geholt haben, aus dieser Region. Und diese Szene sollte durch das Welcome2Stay-Bündnis gestärkt und unterstützt werden. Viele jungen Menschen, auch in den ostdeutschen Städten, sind über die Ereignisse um Flucht und Migration zum ersten Mal politisch aktiv geworden, haben geholfen und sich für offene Grenzen für Menschen in Not eingesetzt. Und Menschen, die sich für

Geflüchtete einsetzen, stehen im Osten massiv unter Druck durch Nazis. Das zeigen einzelne Übergriffe und Drohungen, aber auch die massiven Angriffe von größeren Nazi-Horden auf Leipzig-Connwitz. Die OrganisatorInnen wollten da ein Zeichen setzen.

Welche konkreten politischen Schritte ergeben sich für LINKE Politik aus der Konferenz?

Katja Kipping: Bei Welcome2Stay war das Lager der Solidarität sichtbar. Und das, was da sichtbar war, war sehr ermutigend. Diese Zuversicht gilt es weiterzutragen. Die Zusammenkunft in Leipzig war erst ein Anfang, nun geht es weiter. Ein nächster Höhepunkt wird am ersten Septemberwochenende in Berlin stattfinden. So plant Blockupy am 2. September 2016 eine Aktion. Am 3. September findet die Demo von „Aufstehen gegen Rechts“ statt und am 4. September treffen sich alle, die über die nächsten Schritte von Welcome2Stay beraten wollen. Als LINKE werden wir uns dabei selbstverständlich einbringen.

Interview: Miguel Thomé

linksfraktion.de, 17. Juni 2016

Zusammenhänge erklären, Alternativen vorstellen OXI soll zum Zweifeln anregen.

Leserinnen und Lesertreffen der neuen Wirtschaftszeitung OXI, am 06.07.2016 von 18 bis 20 Uhr, im Café Feez, Franckestr.1 (in der K+K-Passage, hinten links)

Der wirtschaftspolitische Mainstream hat die Medien fest im Griff.

Das soll sich ändern. OXI setzt sich kritisch mit Ökonomie und Gesellschaft auseinander – als Monatszeitung und als Blog.

OXI. Wer weiß noch, was das heißt?

Im Sommer 2015 war Oxi das Wort, welches für einen Moment die politische Starre in Europa aufzuheben schien. Oxi, das »Nein« der GriechInnen zum EU-verordneten Sparzwang und zur Erpressung durch die wirtschaftlich Mächtigen der Union, allen voran die deutsche Bundesregierung, das Nein zur Alternativlosigkeit von Sozialabbau, Privatisierungen, Verarmung und Depression – das Nein zum Nein, das der neoliberale Kapitalismus allen entgegenschreit, die sich seiner Logik nicht unterwerfen.

Oxi, ein kurzes Erdbeben. Heute ist das Nein von 2015 fast vergessen. Griechenland steht als Hotspot der europäischen Grenzpolitik in den Schlagzeilen. Bleiben wir noch einen Moment bei Oxi. Kaum ein

Ereignis der letzten Jahre hat so deutlich gemacht, wie fest der Kanon von Privatisierung, Konkurrenz und Austerität in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit verankert ist. Soziales? Wozu! Jeder ist für sich selbst verantwortlich. Dass jeder Gedanke an eine Alternative an der Mauer der neoliberalen Betonköpfe zerschellt, liegt auch daran, dass der wirtschaftspolitische Mainstream die Berichterstattung fest im Griff hat. Eine Annahme bleibt stets unangetastet: Der Kapitalismus, in dem wir leben, ist vielleicht nicht immer bequem, aber doch das Beste, was wir erwarten können.

Ist das so? Man muss die Antwort nicht kennen, um zu wissen, dass ohne diese Frage die Luft stickiger wird. Wer keine Alternativen mehr denken kann oder will, verkümmert. Das Nein und der Zweifel stehen am Anfang einer jeden Suche. Die Kritik der bestehenden Enge und das Nachdenken über Alternativen, das ist es, was OXI als Monatszeitung und als Blog leisten will.

Was OXI soll

Über ökonomische Zusammenhänge aufklären, Alternativen vorstellen – so soll OXI Blog & Blatt zum Zweifeln anregen. Denn nur wer versteht, kann über das Nein hinauskommen. Ob als Kommentar, im Gespräch, in den Kontext gestellt, oder in Zahlen ausgedrückt, OXI Blog möchte LeserInnen einladen, über die Wirtschaft und darüber, wie sie in alle Fasern der Gesellschaft eingewoben ist, nachzudenken.

Ziel des Treffens ist es, in Halle einen regelmäßigen Treff zu organisieren. Vielleicht an verschiedenen Orten. Um Menschen leichter „abzuholen“? Mit und ohne ReferentInnen.

lasst uns einfach drüber reden ...

Sagen Sie Ja zum Nein. Lesen Sie OXI, empfehlen sie uns weiter, wenn ihnen gefällt, worüber wir nachdenken. Und vor allem unterstützen Sie uns mit einem Abonnement. Denn ohne Sie kann das nicht funktionieren.

<https://oxiblog.de>

<http://www.halle-im-wandel.de/>

Richard Schmid, 0345-68920811, richard@attac.de

**Wir trauern um
den Genossen
Prof. Dr. Siegfried Kiel
Seine Freundlichkeit und
Tatkraft werden uns in
dankbarer Erinnerung
bleiben.
DIE LINKE. Halle (Saale)**

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalte.V.

07.07.2016 Beginn 18 Uhr

75 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Über deutsche Hysterie und ihre Ursachen

NATO und Ursula von der Leyen wollen deutsche Truppen an die russische Grenze verlegen. Ein heißer Propagandakrieg tobt: Im Osten steht wieder der Feind und bedroht in der Ukraine und in Syrien die Freiheit. Ein Déjà-vu zum 75. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion? „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“, fragte Jewgenij Jewtuschenko zu Beginn der 1960er Jahre, in der Hochzeit des Kalten Krieges. Diese einfache Frage entlarvte das Kriegsgeschrei auf der anderen, der westlichen Seite. Diese wollte die Sowjetunion als Kriegstreiber vorführen, um damit alles zu begründen, was gegen die Russen ging: Hetze, Handelsboykott und Hochrüstung, Aggression und Verleumdung.

Seit über hundert Jahren wird in Deutschland auf dieser Klaviatur gespielt. Ein Blick in die nicht einfache Geschichte der deutsch-sowjetisch-russischen Beziehungen und auf das Verhältnis von Deutschen und Russen kann helfen, aber nicht beruhigen.

mit **Dr. Stefan Bollinger** (Politikwissenschaftler und Historiker)

**im Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6, 06122 Halle**

V.i.s.d.P. Hilmar Preuß

KONTAKT

RLS REGIONALBÜRO Halle

Leitergasse 4, 06108 Halle

Tel. 01523-1700591

email: gs-halle@rosaluxsa.de

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

DIE LINKE Saalekreis

Leitergasse 4

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345/20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.s.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

23.06.2016

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 28.07.2016

Aus der Stadtratssitzung vom 22.06.2016

Letzte Sitzung vor der Sommerpause! Und sie ist gut gefüllt! Allein 9 (!) Dringlichkeitsvorlagen bzw. Dringlichkeitsanträge sind noch zusätzlich abzustimmen.

Vor der Stadtratssitzung wurde im Gedenken an Prof. Dr. Siegfried Kiel eine Gedenkminute abgehalten.

Alle Dringlichkeitsvorlagen finden eine Mehrheit und kommen auf die Tagesordnung.

Nun der Reihe nach:

Der Oberbürgermeister gibt in seinem Bericht bekannt, dass die Ehrenamtskarte „fertig“ ist und in diesem Jahr eingeführt wird. Das Planetarium soll ab 28.09.2016 bauplanerisch beginnen; die entsprechenden Fördermittel sind bewilligt. Es soll das modernste, digitale Planetarium werden! Er informiert weiter darüber, dass sich im STAR-Park Halle im Sommer weitere Firmen ansiedeln werden.

Ohne Diskussionen gehen die Vorlagen „Wirtschaftsplan für das Rumpfgeschäftsjahr 01. August 2016 bis zum 31. Dezember 2016 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“, die Änderung des Flächennutzungsplanes „Erweiterung der Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ und auch die „Neufassung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung und Stabilisierung des Kleingartenwesens“ durch den Stadtrat. Auch wir stimmen zu. Zur Vorlage „Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle ... gab es einen Änderungsantrag, dem wir inhaltlich mehrheitlich nicht zustimmen konnten. Er beinhaltete, dass das geplante „Bebelviertel“ in „Bibliothekenviertel“ umbenannt werden sollte. Der Antrag setzte sich nicht durch. Der Gesamtvorlage konnten wir zustimmen. Mit diesen Namen für verschiedene „Viertel“ der Stadt Halle (Saale) können sich die BürgerInnen besser mit ihrer Stadt identifizieren. Wir haben uns in den vergangenen Diskussionen sehr dafür eingesetzt, dass auch „bewährte“ Namen von Stadtvierteln in Halle-Neustadt eingebracht wurden. Sie sind jetzt enthalten!

Diskussionen ergaben sich dann beim Tagesordnungspunkt „Umbau des Rechtsabteilers Franckestraße – gemeinsamer Gestaltungs- und Baubeschluss“. Verschiedene Varianten wurden diskutiert. Ein Antrag

der CDU/FDP-Fraktion beinhaltete eine andere Variante, die deutlich teurer wäre und auch der Bauumfang viel höher ist. Anja Krimmling-Schoeffler argumentierte gegen diesen Antrag der CDU/FDP. Sie führte aus, dass das Geld, welches für diese Variante mehr ausgegeben wird, besser für Toiletten auf der Peißnitz einzusetzen wäre! Leider setzte sich der Antrag der CDU/FDP durch! Aus diesem Grund konnten wir dann dieser Vorlage insgesamt nicht zustimmen. Verschiedenen Änderungen zum Flächennutzungsplan der Stadt Halle – so z.B. für den geplanten Bau des Sportparkes auf der Silberhöhe – wurde zugestimmt.

Die Hafestraße soll „mit Flutmitteln“ wieder hergerichtet werden. Ein Änderungsantrag unserer Fraktion sah vor, die zu planende Straße nicht 6 m, sondern 5 m breit zu gestalten. Dafür sollen beiderseitig Gehwege und Baumscheiben Nutzung erhalten. Die Verwaltung hat, innerhalb der Zeit des Stadtrates geprüft, ob diese neue Variante möglich ist. Die Planungen sind – so die Verwaltung – aber in einem fortgeschrittenen Zustand.

Wir haben den Antrag dann zurückgezogen.

Das Sportprogramm ist nach langer Diskussion endlich beschlossen! Auch (fast) alle Änderungsanträge dazu wurden angenommen!

Endlich kann es auch losgehen bei der Sanierung der Pferderennbahn! Es wird Zeit, weil wichtige Renntage von dem Verein nicht mehr durchgeführt werden konnten!

Ebenfalls endlich haben wir die „Richtlinie zur Kunst am Bau ...“ im Stadtrat verabschiedet. Dieses Anliegen hat unsere Fraktion von Anfang an unterstützt!

Bodo Meerheim hat in der Diskussion noch einmal betont, wie wichtig der Anfang zur Realisierung dieses Vorhabens ist! Herr Bürgermeister Geier sprach sich generell positiv zu diesem Vorhaben aus, betonte aber, dass die finanzielle Absicherung nicht unabhängig vom Haushaltsentwurf 2017 zu treffen ist. Er kritisierte, dass er keine Deckung für diese Ausgaben im Haushalt hat. Die Mehrheit des Stadtrates – auch unsere Fraktion – stimmte der Vorlage zu.

Die „Nutzungskonzeption für das Künstlerhaus im Böllberger Weg 188“ löste auch Diskussionen aus, die sich aber in erster Linie um die Betriebskosten rankten. Die Mehrheit des Stadtrates hat der Vorlage

zugestimmt, mit dem Ziel, dass Künstler eine Heimat dort finden!

Von der Stadtverwaltung werden die verkehrspolitischen Leitlinien eingebracht. Allerdings sind diese Leitlinien noch nicht in den Fachausschüssen – Planung – Ordnung – Stadtentwicklung – diskutiert worden. Die Vorlage wurde deshalb in diese verwiesen. Es gibt zahlreiche Diskussionen zu geplanten Vorhaben der Stadt, in der Nordspitze der Peißnitz Geh- und Radwege mit Fluthilfemaßnahmen zu erneuern. Es ist ein Naturschutzgebiet! Und mit den Eingriffen in die Natur würden z.B. Vogelgebiete zerstört. Die

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Antrag auf Verzicht der Durchführung der Fluthilfemaßnahmen gestellt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN appellierte, diesen Antrag noch einmal in den Ausschuss zu verweisen, um über Kompromisse zu diskutieren.

Der OB versuchte einen Kompromiss und schlug vor, den Antrag zurückzuziehen und die Verwaltung sucht mit der Fraktion einen Kompromiss.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zog den Antrag zurück.

Ute Haupt, Stadträtin

Hartz IV war und ist Armut per Gesetz – DIE LINKE wird nicht müde, diesen Misstand zu bekämpfen.

Monika Hohmann, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt

Hartz IV gehört abgeschafft und muss durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden, die sich an den tatsächlichen Bedarfen der Menschen orientiert. Es ist also unstrittig, dass das SGB II reformiert werden muss. Allerdings im Sinne der betroffenen Menschen und nicht, wie die Bundesregierung es erneut vorhat, gegen sie.

Unsere Fraktion bringt hierzu einen Antrag in das Juniplenum des Landtages ein. Wir fordern in unserem Antrag die Landesregierung dazu auf, das sogenannte SGB-II-Rechtsvereinfachungsgesetz im Bundesrat abzulehnen und sich stattdessen im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine umfassende Reform des SGB II einzusetzen, die die Mindestsicherung wieder in Einklang mit dem Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes bringt.

Konkret fordern wir in unserem Antrag folgende Punkte ein:

1. Sanktionen generell sowie Ersatzansprüche aufgrund „sozialwidrigen Verhaltens“ sollen in der Grund-sicherung grundsätzlich abgeschafft werden.
2. Bedarfsgemeinschaften sollen zugunsten von Individualansprüchen beendet und sämtliche Sonderregelungen für unter 25-jährige Erwachsene aufgehoben werden.
3. Die Regelsätze von Kindern und Jugendlichen müssen sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und zu einer Kindergrundsicherung ausgebaut werden. Hierbei wollen wir auch, dass dem umgangsberechtigten Elternteil von Trennungskindern eigenständige Regelsätze zugeordnet werden ohne die

Regelsätze des Elternteils zu kürzen, bei dem das Kind seinen Lebensmittelpunkt hat.

4. Die Praxis der Zwangsverrentungen muss beendet werden.

Zum Hintergrund der SGB-II-Reform:

Der Titel des Neunten SGB-II Änderungsgesetzes lautet: „SGB-II-Rechtsvereinfachungsgesetz“. Denn eine „Rechtsvereinfachung“ war von Beginn an das offizielle Ziel, dass sowohl den Hartz-IV-Empfänger_innen als auch dem Personal in den Jobcentern Hoffnung auf vereinfachte Antragsverfahren machte.

Mit der Idee der Rechtsvereinfachung wurde vor etwa drei Jahren auch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Arbeits- und Sozialministerkonferenz gegründet, die im Anschluss zahlreiche Vorschläge erarbeitet hat. Allerdings muss betont werden, dass verschiedene Vorschläge dieser Arbeitsgruppe schlicht nicht aufgenommen wurden. Besonders drastisch gestaltet sich dies bei der zunächst geplanten Abmilderung der Sanktionen. Das Votum der Arbeitsgruppe hat sich mit 15 zu 1 deutlich für eine diese Abmilderung ausgesprochen. Im jetzt vorliegenden Gesetzentwurf vom April 2016 hat sich allerdings die Position der CSU durchgesetzt.

Einzelne Verbesserungen sind im Gesetzentwurf zu finden. Zu nennen wäre insbesondere die Rechtsanpassung an die weitgehend geübte Praxis, dass die Entscheide für einen zwölfmonatigen statt sechsmo-natigen Zeitraum gelten. Trotzdem hat der Gesetzent-

wurf der Bundesregierung das Anliegen der Rechtsvereinfachung aus Sicht unserer Fraktion eindeutig verfehlt. So heißt es auch in der Stellungnahme der Jobcenter-Personalräte im Dezember 2015 bereits zum Referentenentwurf: „Wir bewerten die geplanten Maßnahmen in der Summe für nahezu aufwandsneutral, weil den Erleichterungen an anderer Stelle Mehrbelastungen gegenüber stehen.“ Dabei wird insbesondere auch die Sanktionspraxis von den Jobcenterpersonalräten als maßgebliches Problem benannt. Im letzten Satz erläutern sie: „Aber auch die derzeit umständlichen Regelungen bei temporären Bedarfsgemeinschaften und die komplizierte Sanktionspraxis sind ein ständiges Ärgernis mit hohem Aufwand auch für die Jobcenter und die Sozialgerichte“.

Obwohl ein Beschluss des mitberatenden Bundesrates vom 18. März (Drucksache 66/16) Nachbesserungen im Bereich der Sanktionen erwarten lässt, bleibt der Gesetzentwurf in der Gesamtschau hoch problematisch:

Ein Problem aus Sicht unserer Fraktion ist, dass die Zerteilung der Regelsatzleistungen von Trennungskindern zwischen den Eltern als sogenannte temporäre Bedarfsgemeinschaften nicht beendet wird. Der Referentenentwurf hatte eine Änderung des § 7 SGB

II vorgesehen, wonach der volle Regelsatz des Kindes an den Elternteil ausgezahlt worden wäre, bei dem das Kind seinen Lebensmittelpunkt hat. Die umfangreiche Kritik, dass hiermit familiäre Konflikte verschärft würden, hat nun zur Streichung dieses Vorhabens geführt. Das Problem der faktischen Mehrbelastung beider Elternteile wurde dabei weder im Referentenentwurf noch im vorliegenden Gesetzentwurf aufgegriffen. Dem Referentenentwurf fehlte schlicht eine Regelung, die dem umgangsberechtigten Elternteil den ungedeckten Mehrbedarf gewährt.

Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass die Ersatzansprüche aufgrund „sozialwidrigem Verhaltens“ nach § 34 SGB II verschärft werden. Der Gesetzentwurf nennt in seiner Begründung exemplarisch Fallkonstellationen, wie die Aufgabe einer nicht bedarfsdeckenden Beschäftigung oder die Ablehnung einer Beschäftigung ohne wichtigen Grund. In beiden Fällen greifen allerdings jetzt schon drastische Sanktionen durch die Paragraphen 31 und 32 SGB II. Mit der Verschärfung von § 34 sollen nun auch noch Rückforderungen für die SGB-II-Leistungen inklusive der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung entstehen. Diese „Ersatzpflichten“ sollen mit dem neuen Gesetz auch auf Sachleistungen ausgeweitet werden.

Post von Lene

Liebe ältere und jüngere Linke und Linksfühlerinnen, Hurra, wir haben endlich eine neue Bio-Lehrerin gekriegt! Die ist noch in jungem Alter und heißt Frau Baum. Wir hatten zuletzt Bio-Ausfall ohne Ende und dafür- Ihr ahnt es sicher schon- als schnelle Eingreiftruppe so einige Stunden mehr bei meinem „Lieblingslehrer“, dem schnieken und ungerechten Herrn Reim. Hach, wie ihn die Markenklamottenpaula wieder umsäuselt hat, damit sie weiter vorgezogen wird. Hoffentlich ist Frau Baum gerecht und interessant! Mal sehen!

Als ich letztens bei Oma und Opa wegen der Schularbeiten war, habe ich stolz verkündet, dass ich in unserem Wohnzimmer gestaubsaugt habe. Statt Lob zog Oma ein Gesicht, wahrscheinlich mal wieder wegen Verhöhnung der deutschen Sprache. Als ich etwas beleidigt sprach, dass alle es so sagen, fragte Oma mich, ob ich schon mal gekartoffelkocht oder gebadwischt habe. Natürlich nicht! Das wäre ja mieses Deutsch! „Genauso mies wie gestaubsaugt, ob-

wohl das jetzt Mode zu werden scheint.“ In Gedanken habe ich die Augen verleiert, aber der Duden, den Oma mir in die Hand gedrückt hatte, gab ihr Recht. Mist! Am Wochenende war wieder mal Übernachten und Garten bei Oma und Opa angesagt, und ich habe natürlich meine beiden Kumpel Leo und Anton in meine Bude bestellt zwecks geheimen Koalitionsgesprächen unserer LAL (Leo-Anton-Lene) oder anderer Spielchen. Wie immer durchstöberte ich zunächstrumliegende Bücher und Zeitungen. Zuerst las ich, wie so oft, im dicken Ottokar-Buch. Der Ottokar hat mit seinen Kumpels vielleicht Sachen angestellt!! Dann schnappte ich mir die Zeitungen. In unserem Lieblingsblatt ND las ich zu meiner Verblüffung, dass es Firmen gibt, die Arbeitskräfte als Eigentum? besitzen müssen und sie an Betriebe verborgen können, wenn die welche brauchen und man nennt diese auch Leiharbeiter. Dann las ich, dass die rosa eingefärbte



Ministerin namens Frau Nahles aus der Groko in Berlin strahlend vor die Zeitungs- und Fernsehleute getreten ist und ein Gesetz verkündigt hat, mit dem es den Leiharbeitern künftig gut gehen soll. Und das ist ein Verdienst der SPD, das sie gegen den Willen der CDU auf einen Weg bringen will. Das habe ich nicht so richtig kapiert. Deshalb war wieder mal ein Lauschangriff hinter der Kautsch angesagt, damit wir diese Sache morgen in der LAL beraten können. Morgen früh kann ich ja zum Ausfragen übergehen.

Also:

In einem großen Betrieb, nehmen wir mal VW, arbeiten fest angestellte Arbeitskräfte, und man nennt diese auch Stammebelegschaft. Die kriegen einen hohen Stundenlohn, also wesentlich mehr als z.B. meine Eltern. Nun werden aber mal sehr viele Autos bestellt, und der Stamm schafft das nicht. Da wendet sich VW an eine Verleihfirma und borgt sich Arbeitskräfte aus. Und jetzt kommt der Knüller! Für die Geborgten muss VW wesentlich weniger bei gleicher Arbeit bezahlen als für den Stamm. Und das ist die große Gemeinheit. Und man nennt das auch Dampinglohn. Morgen frage ich, was das ist. Aha, jetzt reden meine Großeltern über das Nahles-Gesetz, das sie den Schwarzen unter der Frau Mörkel abgeluchst haben will. Die Verborgten sollen nach 9 Monaten Arbeit in demselben Betrieb den gleichen Lohn wie der Stamm erhalten. Zwar finde ich die 9 Monate ein Beschiss, aber dann kriegen sie endlich den gleichen Lohn für ihre Arbeit. Ha, das Gesetz soll erst ab 2017 gelten, damit sich VW oder andere Konzerne darauf einrichten können. Nun mache ich mir heimlich ein paar Stichpunkte, damit ich nachfragen kann und für die LAL-Beratung morgen gut gewappnet bin. Oma sagt zu Opa: „Typisch Sozialdemokraten. Der gleiche Lohn ab dem 9. Monat ist ein Witz, weil mindestens die Hälfte aller Leiharbeiter höchstens 3 Monate im gleichen Betrieb beschäftigt wird. Dann werden sie wieder abgezogen. Die können sie nach dem Gesetzentwurf sogar bis kurz vor Ende der Neunmonatsfrist beschäftigen und dann entlassen sie sie wieder. Nach drei Monaten Pause können sie die gleichen Arbeiter wieder mit dem Minderlohn einstellen. Die Leiharbeiter profitieren davon fast nichts-ein Reförmchen! Eigentlich ein Skandal. Da haben sich die Schwarzen mal wieder durchgesetzt. Und das verkauft die SPD nun wieder als großen Sieg.“ Am nächsten Morgen so beim Frühstück habe ich Oma von dem Zeitungsartikel

erzählt. Natürlich nicht von meinem Lauschangriff, sonst kann ich mich ja nie mehr anschleichen. Ich fragte nach dem Dampinglohn und seiner Bedeutung. Oma sagte mir, das kommt aus dem Englischen und bedeutet Preis (hier Lohn) einer Ware, der deutlich unter deren Wert liegt. Ich sagte Oma, dass ich das gemein finde und warum die Frau Nahles das erst jetzt nach vielen Jahren Ungerechtigkeit (ich habe gelesen, dass es so etwas schon ewig in der BRD gibt) ändern will. Naja, sagte Oma, nächstes Jahr sind Wahlen, da will die SPD, die immer behauptet für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, wenigstens was durchgesetzt haben.

Im Garten ließen wir, also auch Leo und Anton, uns die Grillwürstchen schmecken und zogen uns danach in meine Bude zurück. Nachdem ich meinen beiden Kumpels von der Sache mit den Leiharbeitern erzählt habe, waren sie genau so empört wie ich. Leo sagt, dass in seinem Haus der Patrick aus der Parallelklasse wohnt. Er hatte sich immer gewundert, dass dessen Papa kaum zu sehen ist. Patrick sage ganz traurig, dass er oft die ganze Woche nicht nach Hause, kommt, nur am Wochenende. Manchmal bleibt er auch am Wochenende fort, wenn ein Auftrag knifflig ist. Und es ist richtig gemein, dass er dafür noch weniger Geld bekommt, als die Arbeiter, die immer bei ihrer Familie sein können. Und sie kommen rein geldmäßig trotzdem kaum über die Runden. Eigentlich müsste er doch sogar mehr Geld bekommen, oder?

Tschüss

Eure Lene

Beginn: 14 Uhr Ende: gegen 18 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,
Böllberger Weg 150
Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e. V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.

**PREISSKAT in Halle
am Freitag, dem
26. August 2016**



Hendrik Grothe tritt für das Amt des Bürgermeisters in Teutschenthal an.

Der Ortsverband Die Linke in Teutschenthal nominierte ihn einstimmig für diese Wahl.

Der Ortsverband Die Linke in Teutschenthal hat Hendrik Grothe (21) als Kandidaten für die Bürgermeisterwahl am 11. September 2016 nominiert. Grothe bedankte sich für das in ihn gesetzte Vertrauen.

„In den letzten Jahren ist viel Vertrauen in die Arbeit der Kommunalpolitikerinnen und -politiker verloren gegangen. Nicht selten lag das an der Praxis, Entscheidungen abseits der Öffentlichkeit zu treffen. Wir müssen zeigen, dass es möglich ist, Kommunalpolitik offen, transparent und vor allem ehrlich zu machen.

Wir wollen die Einwohnerinnen und Einwohner wieder aktiv beteiligen und ihnen die Möglichkeit geben, über Fragen in ihrem Heimatort mitzubestimmen, das ist schließlich ihr gutes Recht.

Auch müssen wir über Geld reden. Notwendige freiwillige Aufgaben wie Sport- und Kulturförderung wurden in den letzten Jahren massiv zusammengestrichen. Hier haben wir einige Hausaufgaben zu erledigen. Aber wir müssen uns auch endlich dafür stark machen, dass ein so reicher Landkreis wie der Saalekreis wieder Verantwortung gerade für finanzschwache Kommunen übernimmt.“



DIE LINKE. Saalekreis
Hendrik Grothe

Regierungsparteien verstellen Lösungsweg im Beitragsstreit

von Kerstin Eisenreich (MdL)

Die Erhebung von Beiträgen für Anschlüsse der Wasserver- und Abwasserentsorgung wird seit Monaten von heftigem Streit und unzähligen Sorgen betroffener Bürger*innen begleitet. Eine faire und rechtssichere Erhebung von Kommunalabgaben erscheint vielerorts nicht möglich, daneben stecken zahlreiche Zweckverbände in wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten.

Wer nach dem Lesen des Koalitionsvertrages noch hoffte, dass CDU, SPD und Grüne diese Beitragserhebungspraxis in Sachsen-Anhalt stoppen werden, sieht sich nach den Landtagssitzungen im Juni getäuscht. Zentrales Problem ist die Ende 2014 von CDU und SPD im Kommunalabgabengesetz (KAG LSA) durchgesetzte Übergangsvorschrift. Sie bestimmt in § 18 Absatz 2, dass die zeitgleich beschlossene zehnjährige Verjährungsregelung bis zum 31. Dezember 2015 außer Kraft gesetzt wird.

Mit der Übergangsvorschrift wurde einem unbeschränkten Abkassieren auf der Grundlage kurzfristig

erlassener Satzungen und ohne Rücksicht auf eine Verjährung der Weg geebnet. Sie löste bis Ende 2015 eine Welle von rund 85.000 Beitragsbescheiden mit einem verjährungsbedrohten Beitragsvolumen von insgesamt rund 123,5 Millionen Euro aus. In Folge eskalierte die Situation. Neben massenhaften Widersprüchen sind zahlreiche Mahnverfahren anhängig, weil nicht jedem, der Widerspruch eingelegt hat bewusst war, dass er trotz Widerspruch zur Zahlung verpflichtet ist. In Folge wurden zahlreiche Konten gepfändet, Eigentum mit Hypotheken belegt und Inkasso-Unternehmen auf Bürger*innen gehetzt.

Als erste reagierte die Fraktion DIE LINKE. Anfang März 2016 beantragten ihre Abgeordneten ein Normenkontrollverfahren beim Landesverfassungsgericht (LVG 1/16), um verfassungsrechtlich die Übergangsvorschrift prüfen zu lassen. In einem zweiten Schritt brachte sie vor allen anderen Fraktionen einen Gesetzentwurf (Drs. 7/40) ein. Sein Ziel war es, die Kommunen zu einem echten Moratorium bis zum Urteil des Landesverfassungsgerichtes zu verpflichten. Dafür sollte das Land etwaige Kosten erstatten.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Juli Geburtstag haben.



In einem Änderungsantrag (Drs. 6/93) setzte sich die Fraktion DIE LINKE ergänzend dafür ein, dass zugleich die zu verzinsenden kommunalabgabenrechtlichen Ansprüche von derzeit 6% auf 2% über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB (zurzeit: -0,83) sinken.

Lediglich die Zinssenkung setzten CDU, SPD und Grüne mit ihrer Koalitionsmehrheit und ihrem Gesetzentwurf (Drs. 6/70) durch. Alles andere darin kann man mit einem Placebo vergleichen. Es wird kaum Wirkung entfalten, um unnötige Verunsicherungen zu vermeiden und die erforderliche Ruhe zu schaffen, um sachgerechte Entscheidungen voranzubringen. Vergleich und Moratorium sind den Regierungsparteien

nur „KANN - Vorschriften“ wert. Das die derzeit mit erheblichen Problemen kämpfenden Zweckverbände sich darauf einlassen werden, muss aus heutiger Sicht bezweifelt werden.

Doch ohne ein echtes Moratorium gibt es keinen Rechtsfrieden. Vielmehr versperrt das derzeitige Handeln der Regierungsparteien notwendige Lösungswege im Streit um die verfassungsrechtlich umstrittenen Beiträge. Dies ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE sowohl für die betroffenen Bürger*innen als auch für die Zweckverbände problematisch, weil mit den derzeitigen Konflikten nachhaltige Lösungen für eine zukunftsfähige Wasserver- und Abwasserentsorgung verhindert werden.

„Umso mehr: Merseburg stellt sich quer!“

Unter dem Motto „Umso mehr: Merseburg stellt sich quer!“ hatte das Bündnis Merseburg gegen Rechts aufgerufen, am 18.06.2016 in der Stadt Gesicht zu zeigen gegen den geplanten Aufmarsch von Neonazis. Wie schon in den vergangenen Jahren wollten diese aus Anlass des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 durch die Straßen ziehen und ihre antidemokratischen Parolen brüllen.

Das Merseburger Bündnis hatte gemeinsam mit einem breiten Spektrum von Parteien, Organisationen, Gewerkschaften, Verbänden und Kirchen zahlreiche Aktionen und Kundgebungen organisiert, um die Stadt nicht den Rechten zu überlassen.

Neben der Hauptkundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz hatte unser Kreisverband eine weitere Kundgebung auf der Kliaplatte organisiert. Dort ging es mit Live-Band sehr musikalisch zu. Mehrere Redner*innen, u.a. unser Vorsitzender Alexander Sorge, Dr. Andreas Schmidt (MdL, SPD) und Omar Shatta (syrischer Flüchtling), positionierten sich ganz klar gegen Geschichtsklitterung, Menschenverachtung und Rassismus.

Die Linksjugend solid hatte sich mit einem Infostand auf der Westseite des Bahnhofs postiert und musste den Zug der Neonazis passieren lassen. Zwar gelang es in diesem Jahr nicht, den Demonstrationszug zu verhindern, dennoch konnte durch einen weiteren Infostand in der nördlichen Rosa-Luxemburg-Straße



von DIE PARTEI sowie den in diesem Jahr erstmals vom Studierendenrat der Hochschule durchgeführten Fahrflashmob Protest in Sicht- und Hörweite stattfinden.

Auf der zentralen Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz konnten ebenfalls zahlreiche Redner*innen begrüßt werden. So fand zum Auftakt eine öffentliche Sitzung des Stadtrates statt und sowohl der Vorsitzende des Stadtrates als auch Vertreter*innen mehrerer Fraktionen sowie der Oberbürgermeister Merseburgs, der Rektor der Hochschule, Prof. Kirbs, eine Vertreterin des Frauencafés und Kirchenkreises u.a. ergriffen das Wort. Moderiert wurde die Veranstaltung von Udo Israel von Radio Corax.

DIE LINKE. Saalekreis
Kerstin Eisenreich (MdL)

Sommerfest der Abenteuerkita „Regenbogen“

Ein Höhepunkt für die Kinder der Abenteuerkita „Regenbogen“ im Ortsteil Stöbnitz war das alljährliche Sommerfest am 17. Juni. Wegen des wechselhaften Wetters diesmal nicht auf der Erlebniswiese am Aussichtsturm über dem Geiseltalsee, sondern sicherheits-



halber auf dem Gelände der Kita selbst, was aber der Freude der Kinder keinen Abbruch tat, wenn es auch ein wenig beenzt bei Kaffee, Kuchen und anderen Leckereien zuzug. Der Ortsverband Mücheln war dabei mit unserer Zuckerwatte, der Popcornmaschine und dem Grill. Außerdem nutzten wir das Fest, um eines der von unserer Stadtratsfraktion gesponserten „Bobbycars“ auch dieser Kita zu übergeben. Auch hier konnten es die Kinder kaum erwarten, bis sie mit dem Spielzeugauto davon flitzen konnten. Da auch viele Funktionäre der Stadt Mücheln anwesend waren, hatten unsere Stadträte auch die Gelegenheit zu manchem Gedankenaustausch.

von Dr. Ludwig Uhlmann

DIE LINKE, Saalekreis, OV Mücheln

„Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Opfer“

Jan Korte: Koalition lehnt LINKEN-Antrag auf Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Opfer ab

„Der 75. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion hätte ein Anlass für den Bundestag sein müssen, endlich ein sichtbares Zeichen der Anerkennung des Leids der sowjetischen Kriegsgefangenen zu setzen. Bis heute wartet diese nach den Juden größte Opfergruppe des NS-Regimes auf ein solches öffentliches Zeichen.

Vor einem Jahr wurde der Weg für eine symbolische finanzielle Anerkennung der wenigen noch lebenden Angehörigen dieser Gruppe geebnet. Bis heute konnte sich der Bundestag jedoch nicht dazu durchringen, die deutsche Verantwortung für dieses Leid mit einem symbolischen Zeichen anzuerkennen.

Nachdem die Debatte zum 75. Jahrestages nur auf Drängen der LINKEN zustande kam, wurde keine 24 Stunden später ein Antrag der LINKEN auf eben diese symbolische Anerkennung von der Koalition abgelehnt.

Sollte es dabei bleiben, wäre das eine erinnerungspolitische Bankrotterklärung der Koalition.

Ich erwarte, dass die Koalition jetzt umso mehr daran arbeitet, in Kürze einen eigenen Vorstoß für einen

gemeinsamen Antrag des ganzen Bundestages vorzulegen, um die sowjetischen Kriegsgefangenen noch in dieser Wahlperiode als NS-Opfer anzuerkennen“, erklärt Jan Korte, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heutigen Ablehnung des Antrags der LINKEN „Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Opfer“ (BT-Drucksache 18/8422) durch Union und SPD im Haushaltsausschuss des Bundestags.

Korte weiter:

DIE LINKE hatte bereits in der ersten Lesung am 2. Juni 2016 den anderen Bundestagsfraktionen angeboten, ihren Antrag zugunsten eines interfraktionellen Antrags zurückzuziehen.

Dieses Angebot besteht weiterhin.

Nun ist die Koalition am Zug, damit schnellstmöglich den wenigen Überlebenden sowie den Angehörigen der Millionen Opfer die überfällige politische Anerkennung zuteil wird.

Alle Fraktionen tragen die Verantwortung dafür, dass die Bundesrepublik das Thema der Erinnerung an den Vernichtungskrieg Nazideutschlands im Osten nicht wieder in Vergessenheit geraten lässt und den Opfern dauerhaft ein ehrendes Andenken in unserer Erinnerungskultur sichern wird.“

Buchtipp

Wahre Geschichten um die Straße der Romanik

Mehr als achtzig Bauwerke, entstanden zwischen 950 und 1250, sind an der Straße der Romanik zu besichtigen, die sich auf einer Länge von über tausend Kilometer durch Sachsen-Anhalt schlängelt. Sie alle sind mit einer Vielzahl von Begebenheiten und dem Wirken von historisch bedeutsamen Persönlichkeiten verbunden. Die interessantesten Geschichten hat der Autor ausgewählt und erzählt von der „Lady Di“ des Mittelalters in Magdeburg, von einem außergewöhnlichen Geschenkeaustausch in Havelberg, von einem tollkühnen Sprung in Halle, von diebischen Raben und Zaubersprüchen in Merseburg, vom Kolumbus Osteuropas in Querfurt und von noch viel mehr.

Manfred Orlick „Wahre Geschichten um die Straße der Romanik“, Tauchaer Verlag, Festeinband mit Schutzumschlag, 80 Seiten, 17 Abbildungen, ISBN 978-3-89772-276-7, Preis: 10,95 Euro.

Zwei neue Reprints von EPPER

Das achte und neunte Büchlein in der Reihe der Reprints der älteren Ausgaben mit Karikaturen des halleschen Zeichners Artur Epperlein unter dem Titel „Bitte umblättern!“ und „Die sind ja zum Lachen!“ sind beim Verlag & Verlagsservice, Fa. Schneidewind, Halle erschienen. Die Originale waren 1975 bzw. 1976 im Verlag Freiheit erschienen.

Die je rund 120 Zeichnungen nehmen das Zeitgeschehen und den Alltag der damaligen Jahre auf die Schippe, sei es der Urlaub daheim auf Balkonien, ein verregnete Hochzeitstag, der Internationale Frauentag, den Museumsbesuch oder die verschiedenen Handwerker.

Zum Schluss zieht Epper im 8. Reprint mit zwölf Karikaturen einen kritischen Jahresrückblick.

Alle Karikaturen sind aber nicht nur eine Erinnerung an vergangene Zeiten, auch unserem Alltag halten sie immer noch den Spiegel vor und fordern zum Lachen heraus.

„Epper Nr. 8 - Bitte umblättern!“ und Epper Nr. 9, „Die sind ja zum Lachen!“ Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind, je 80 Seiten, Preis: je 5,00 Euro.

Bierbrauerei in Halle

Halles Brauereigeschichte ist genauso alt wie die Stadt selbst und verändert sich mit der Industrialisierung maßgeblich. Die ehemalige „Freyberg-Brauerei“, die heute in der Glauchaer Straße dem Verfall preisgegeben ist, entwickelt sich in den 1930er Jahren zur größten Privatbrauerei in Mitteldeutschland. Der schleichende Niedergang dieser bewegten Erfolgsgeschichte wird durch die Zwangsentziehung der DDR eingeleitet. Menschen der Stadt Halle, die durch eine besondere Beziehung mit dieser Brauerei verbunden sind, erzählen über die Arbeit und das Leben im nun umbenannten „VEB Brauhaus Halle“. Das Schicksal der Brauerei ist nach der Wende besiegelt und steht beispielhaft für viele Braubetriebe der ehemaligen DDR.

Annette Funke und Sebastian Ristow „Literweise - Die Freyberg-Brauerei in Halle“, Herausgeber: Peter Gerlach und Moritz Götze, Nr. 30, 110 Seiten, 21 farbige und 68 s/w Abbildungen, ISBN: 9783945377178, Preis: 13.80 Euro.

Buch für den Frieden

Ein wunderbares und bewegendes Buch gegen den Krieg ist von André Brie erschienen. Es informiert über die Situation in Israel, den palästinensischen Gebieten, im Irak, Afghanistan und anderen Ländern. Es verdeutlicht die Vielschichtigkeit der Probleme und zeugt von der hohen Glaubwürdigkeit und Einfühlbarkeit des Autors. (Lesermeinung).

André Brie „Frieden kriegt man nicht“ – über Reisen zu Konflikten und Kriegen, VSA Verlag, 252 Seiten, ISBN 978-3-89965-605-3, Preis: 24,80 Euro.

Halle-Kalender 2017

„Halle historisch“ 2017 heißt der diesjährige Wandkalender des Verlag & Verlagsservice, FA Schneidewind, der demnächst erscheinen wird. Motive sind u.a. das Alte Rathaus, die Geiststraße und die Schwemme.

Diese Titel können über den Verlag & Verlagsservice, Fa. Schneidewind, Germarstr. 6, 06112 Halle bestellt werden. Telefonisch über (0345) 5170956 oder per Email: kontakt@verlag-schneidewind.de